

Podiumsdiskussion vor der Bundestagswahl

Am 06.09.2017 fand eine dreistündige Podiumsdiskussion der Kandidat/innen unseres Wahlkreises im Foyer der BBS-Wittlich statt. Die Podiumsdiskussion wurde im Rahmen der Projektwoche von Schüler/innen sowie von Herrn Jung und Koch organisiert. Hier haben wir die Kandidat/innen kontaktiert, um einen passenden Termin zu finden, wir haben uns Fragen überlegt und wir haben festgelegt, wie wir die Diskussion aufteilen möchten, damit möglichst alle Wunschthemen abgedeckt werden konnten. Insgesamt wurden die Kandidat/innen der CDU, SPD, FDP, GRÜNE, Linke und AFD eingeladen, um möglichst alle Parteien des Politischen Spektrums vertreten zu sehen. Bis auf die Kandidatin der AfD sagten alle zu oder schickten, im Falle der Grünen zumindest, einen Vertreter.

Die Diskussion begann mit der Vorstellung der einzelnen Kandidaten:

Die CDU wurde von Patrick Schnieder vertreten, die SPD von Jan Pauls, die FDP von Jürgen Krämer, die Grünen von Dietmar Johnen und die Linke von Katharina Penkert. Die Moderation führte Herr Koch. Insgesamt wurden vier große Fragenkomplexe vorbereitet:

Im Fragenkomplex eins ging es um Die Rente, Mindestlohn, Steuern und Zinsen. Hier waren sich soweit alle einig, dass man an der Rente einiges ändern könne, um auch in Zukunft genügend Rente zu haben. Jedoch gingen die Meinungen beim Mindestlohn und den Steuern etwas auseinander.

Hier die Meinungen der Kandidaten:

Penkert (Linke):

- Mindestlohn nicht gerecht und zu niedrig
- Mehr Leute aus der Gesellschaft sollen in die Rentenkasse zahlen
- Rente mit 70 sei Unsinn, Politik ist für die Rente verantwortlich, nicht der Bürger selbst
- Ab 70.000€ Jahreseinkommen einen Spitzensteuersatz. Mit steigendem Einkommen höhere Steuern/ Rentenbeiträge

Schnieder (CDU):

- Renten bis 2030 relativ sicher, aber Änderungen sinnvoll
- besser bezahlte Jobs, Renten Betragsänderungen
- Vermögensteuer zerstöre zu sehr die Wirtschaft
- staatlicher Zuschuss bei Gering-Verdienern, um ein privates Standbein zu schaffen

Pauls (SPD):

- besser bezahlte Jobs sind notwendig
- Mindestlohn soll weiterhin von der Kommission geregelt werden
- Rente soll gesetzlich sein und das Rentenniveau soll nicht unter 48% fallen
- Besser-Verdiener sollen mehr Geld in die Kassen zahlen
- Vermögenssteuer einführen

Johnen (Grünen):

- Mindestlohn ist zu gering
- Rentensituation muss verbessert werden

Krämer (FDP):

- 10% der Bevölkerung seien Spitzenverdiener, FDP ist jedoch gegen Spitzensteuersatz oder Vermögenssteuer
- Gering-Verdiener sollten Entlasten werden
- Rente muss verbessert werden
- Mindestlohn sollte weiterhin von der Kommission geregelt werden

Die Rubrik Bildungspolitik war für unsere Schule besonders interessant, da es auch um das Thema Internet an Schulen ging und hier unserer Schule ein schnellerer und besserer Internetzugang versprochen wurde. Des Weiteren haben wir uns mit der Frage beschäftigt, warum ein Volljähriger in Sachen Schule immer noch finanziell von den Eltern abhängig ist, obwohl er doch erwachsen ist. Dazu meinte Herr Pauls: „Die Fragestellung finde ich komisch formuliert“, nur weil man volljährig ist, müsse der Staat einem kein Geld geben.

Insgesamt gingen die Meinungen generell in die Richtung, dass die Bildung weiterhin Ländersache bleiben soll, es allerdings mehr staatliche Förderung geben soll und die Bildung kostenlos sein muss.

Schnieder (CDU):

- Bafög wurde bereits erhöht und soll weiter steigen
- Bildung = Ländersache
- Zentralabitur ist gut
- schnelleres Internet an Schulen
- Bei der finanziellen Unterstützung soll sich primär die Familie ums Geld kümmern. Allerdings sollte der Staat niemanden im Stich lassen, wenn die Eltern nicht für die Beträge aufkommen können

Penkert (Linke):

- Land und Staat müssen zusammen arbeiten
- Elternunabhängiges Bafög
- Staat muss elternunabhängige Unterstützung leisten

Pauls (SPD):

- Bildung muss kostenfrei bleiben; bei reichen Familien sollen diese auch Unterstützung leisten
- Zentralabitur ist gut
- Insgesamt soll Bildung vom Land geregelt werden

Krämer (FDP):

- Bildung soll mehr vom Bund gemacht werden
- Zentralabi ist gut

- Die Länderkontrolle einschränken aber beibehalten
- Stipendienzahl erhöhen
- Bildung muss kostenfrei sein

Johnen (Grünen):

- ist nicht fürs Zentralabitur
- Kontrolle der Länder beibehalten
- Bildung muss Elternunabhängig sein

Beim Thema Einwanderungspolitik gingen die Meinungen der Politiker am stärksten auseinander. Während alle das Türkeiabkommen schlecht finden und keinen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Zuwanderung sehen, ist man sich beim Thema Abschiebung absolut nicht einig. So gab es eine hitzige Diskussion da rüber, ob Afghanistan ein sicheres Land für Abschiebungen sei oder nicht.

Penkert (Linke):

- „Also einen Zusammenhang von Kriminalität und Zuwanderung zu stellen halt ich für fatal“
- „Was tatsächlich gestiegen ist, also 2015 und 2016, waren 2016 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, wenn man unbedingt einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Kriminalität stellen möchte“
- Türkeiabkommen = Katastrophe
- Keine Abschiebung nach Afghanistan möglich
- Man braucht einen sicheren Weg für Flüchtlinge nach Deutschland; man sollte auch mit Diktatoren verhandeln, um diesen zu gewährleisten

Johnen (Grünen):

- Türkeiabkommen ist schlimm
- Familiennachzug ist wichtig; um auch die Kriminalität zu behindern
- bei uns sind Menschen, die wirklich Schutz brauchen; deswegen auch Zusammenhang mit der Kriminalität
- Sicheren Weg für Flüchtlinge schaffen
- Verhandlungen mit Flüchtlingsländern aufnehmen; auch mit Diktatoren
- Afghanistan ist zu zerrüttet, um sicher zu sein

Krämer (FDP):

- Asylanträge vor Ort im Flüchtlingsland fertig machen
- Es gibt sichere Plätze zum Leben in Afghanistan

Schnieder (CDU):

- statistisch gesehen sind Nordafrikaner krimineller als Syrer
- für Familien Nachzug
- Obergrenze ist falsch
- Türkeiabkommen ist leider notwendig, um Wege zu sichern, damit Flüchtlinge nicht ertrinken, aber dennoch schlecht

- Mehr Verhandlungen und Abkommen mit anderen Staaten machen; auch mit Autokraten
- aktuelle Situation verbessern
- „*Es gibt Stellen, die in Afghanistan sicher sind*“
- Einwanderungsgesetz ist sinnvoll

Pauls (SPD):

- Türkeiabkommen leider notwendig
- wir dürfen nicht von Autokraten abhängig sein
- Leute, die Hilfe brauchen, sind nicht in der Lage zu kommen; durch neue Abkommen werden Flüchtlinge gezwungen eine gefährliche Route zu nehmen
- Kontingente vor Ort errichten, um dort Anträge zu bearbeiten und sicherer Wege zu schaffen
- „*Es trifft schlichtweg nicht zu, dass die Menschen eine Chance haben, hier her zu kommen*“; Merkels Politik (Verträge) seien daran schuld, dass Menschen nicht kommen
- zu Schnieder: „*Meine Partei lernt im Gegensatz zu ihrer wenigsten auch mal was dazu*“
- Schnieder zu Pauls: „*Es gibt jeden Monat noch 10.000, die hier ankommen, erzählen sie doch keine Märchen*“
- zu Schnieder: „*... es ist so, dass sehr wenige Menschen in Deutschland ankommen, weil sie es nicht mehr schaffen und dann können Sie mir nicht erklären, dass ein Kontingent nicht humanitär wäre*“

Beim Thema Überwachung und Verteidigung gingen die Meinungen wieder etwas auseinander. Doch insgesamt war man der Meinung, dass die Polizeidichte zu gering sei und Atomwaffen definitiv nicht notwendig sind.

Pauls (SPD):

- Der Bund wird kaputtgespart
- mehr Polizei
- keine Atomwaffen
- Überwachung ist nicht gut
- 2% des Staatshaushaltes ist zu viel

Krämer (FDP):

- mehr Polizei
- keine Atomwaffen
- Überwachung ist nicht gut
- 2% des Staatshaushaltes ist zu viel
- „*Der Herr Trump und auch der Herr Kim Jong Un habe beide ne tolle Frisur, aber ansonsten sind sie sehr schwierig.*“

Johnen (Grünen):

- mehr Polizei
- keine Atomwaffen und Abrüsten des Militärs
- keine Überwachung; Bürgerechte schützen

Schnieder (CDU):

- „Man müsste dann ehrlicherweise mal eingestehen, dass die SPD regierte Landesregierung hier in Rheinland-Pfalz, die geringste Polizeidichte nach wie vor in Deutschland hat.“
- die 2% sind eine Versprechung der NATO-Staaten; „2014 [...] hat ein Außenminister STEINMEIER, SPD das unterschrieben“
- Verbessern des Militärs
- keine Atomwaffen

Penkert (Linke):

- keine Überwachung
- keine Atomwaffen

Zum Schluss durften die Schüler noch Fragen stellen:

Schülerfrage 1: „Wir haben ne Decke, die schwarz ist, weil da irgendein Experiment schief gegangen ist“, Lehrmittel seien nicht gleich verteilt und die Schulausstattung sei, gerade bei uns schlecht.

Pauls (SPD):

- Der Bund muss dafür mehr Fördergelder stellen

Krämer (FDP):

- „An der Tafel habt ihr noch die Kreidezeit und in der Pause Digitalzeit“
- pro Schüler sollten 1.000 € ausgegeben werden
- besserer Technik in Schulen; Schüler auf neue Technik vorbereiten

Schnieder (CDU):

- Landespolitik muss Verantwortung übernehmen

Schülerfrage 2: Sichere Wege werden gesperrt und Flüchtlinge müssen deswegen unsichere Wege nehmen. Herr Schnieder sagt jedoch, dass es sichere Wege geben müsse.

Schnieder (CDU):

- „Wir haben 65 - 70 Mio. Flüchtlinge auf der Welt [...] können wir 65-70 Mio. Flüchtlinge hier aufnehmen?“
- wir sollten nur denen helfen, die in Not sind, aber die meisten kommen aus wirtschaftlichen Gründen

Pauls (SPD):

- Die Schlepper entscheiden, wer nach Europa kommt
- man muss vor Ort sein, um den Leuten zu helfen

Johnen (Grünen):

- Hält Schnieders Aussage mit den 65 Mio. Flüchtlinge gleichzeitig für sehr kritisch
- der Handel der EU-Länder zerstört Perspektiven anderer Länder; aus diesem Grund sind auch Wirtschaftsflüchtlinge gerechtfertigt
- *„Entweder stirbt man da unten oder auf dem Weg zu uns. Wir reden hier über Menschen, die die gleichen Rechte haben wie wir. Und dann so zu tun als würden die uns hier etwas wegnehmen wollen. Nein.“*
- ist für bessere und sichere Wege
- *„Boah, ich bin ein bisschen erschüttert, das merkt man vielleicht grade so“*

Schülerfrage 3: Das Schulsystem sollte allgemein hinterfragt werden, da man einige Sachen lernt, die unnötig sind.

Schnieder (CDU):

- Bildung ist Ländersache und die Lerninhalte sind ein ständiger Prozess
- Bildungssystem bleibt erst mal so wie es ist

Schülerfrage 4: Parteimitglieder werden immer älter und Politik wird auch immer älter

Herr Koch:

- mehr junge Leute müssen in die Politik
- Möglichkeiten werden nicht genutzt

Pauls (SPD):

- zu wenig Junge Leute, um die Probleme der Jugend zu lösen

Penkert (Linke):

- es gibt zu wenig junge Leute
- aber es gibt eine positive Entwicklung

Die anwesenden Schüler fanden die Podiumsdiskussion interessant und unterhaltsam, da sie so kurz vor ihrer ersten Wahl einen Einblick in die Politik bekommen und die Wahlkreis-kandidaten persönlich kennen lernen konnten.